



Protokoll zur Delegiertenversammlung der SP Kanton Zürich

Donnerstag, 5. Juli 2018, 19 Uhr
Volkshaus, Weisser Saal

1. Begrüssung

Das Co-Präsidium begrüsst die anwesenden Delegierten.

Entschuldigt sind: Andrea Sprecher, Priska Seiler Graf, Fabian Molina und Daniel Jositsch

2. Rede Co-Präsidium

Andi Dauru: Jetzt vor den Sommerferien herrscht noch die Ruhe vor dem Sturm. Wir haben in den vergangenen Monaten einige wichtige Abstimmungen gewonnen. Auch die kommunalen Wahlen waren erfolgreich. Die NZZ will uns immer noch einen Stadt-Land Graben unterstellen, dabei übersieht sie, dass wir Lösungen für den ganzen Kanton haben. Wir besetzen die wichtigen Themen und werden diese im Rahmen des Wahlkampfes auch im ganzen Kanton erfolgreich vertreten. Er freut sich auf den kommenden Wahlkampf.

3. Organisatorisches

- Die Stimmzähler*innen werden bestätigt.
- Die Traktandenliste wird genehmigt.

4. Protokoll der ausserordentlichen DV vom 29. Mai 2018

Das Protokoll der a.o. DV vom 29. Mai 2018 wird verdankt und genehmigt.

5. Mitteilungen

-

6. Wahlkampf 2019

Andreas Dauru erklärt das Vorgehen: Die vier Wahlkampfthemen werden jeweils von einem Vertreter / einer Vertreterin der GL kurz vorgestellt und anschliessend werden die Anträge der Reihe nach abgearbeitet. Wer weitere Anträge stellen möchte, soll bitte ein Formular ausfüllen und am Tisch vorne abgeben.

Schwerpunktthema Bildung

Raphael Mörgeli: Es gibt 3 gute Gründe warum wir Bildung als Wahlkampfthema gewählt haben 1. Bildung ist ein kantonales Thema. 2. Wir haben viele Ideen zur Verbesserung, haben aber nicht die nötigen Mehrheiten dafür. 3. Wir müssen verhindern, dass der bürgerliche Sparwahnsinn auch auf die Bildung übergreift.

Antrag 1: wird genehmigt

Allgemeine Bemerkung zum Papier

Marcel Hähnlein: Hat einen persönlichen Bezug zum Thema, weil es bei ihm hiess er sei nicht eingliederbar. Menschen mit Behinderung sollen einen besseren Zugang zu Weiterbildungen erhalten. Institutionen sollen für dieses Thema sensibilisiert werden. Er selber konnte nicht eingegliedert werden und das soll sich in Zukunft ändern.

Antrag 2

- Jacqueline Peter: Man redet eigentlich schon lange nicht mehr von Gewerbeschulen, sondern allgemein von Berufsfachschulen. Sie findet deshalb die modifizierte Version nicht ideal. Der Teil „Gewerbeschule und Lehrbetriebe“ soll raus.
- Marco Denoth: Leute, die nur eine Lehre abgeschlossen haben, werden in diesem Papier zu wenig erwähnt und erhalten zu wenig Wertschätzung. Ein Lehrabschluss alleine soll auch wertvoll sein. Er findet zumindest den Begriff Lehrbetriebe sollte erwähnt werden.
- Jacqueline Peter: Lehrbetriebe sind eigentlich keine Bildungsaufgabe, aber sie kann damit leben, wenn diese Formulierung drin bleibt.

Beschluss: 50 zu 30 für Beibehalt der Formulierung

Beschluss: Annahme des modifizierten Antrags

Antrag 3

- Luca Dahinden: Was ist der Sinn der Bildung? Diese Frage vermissen wir im Papier etwas. Der Schrei der Wirtschaft nach der Förderung von relevanten gegenüber irrelevanten Fächern dürfen wir nicht folgen. Bildung geht über den wirtschaftlichen Wert hinaus. Wir dürfen diesen Tenor der Bürgerlichen nicht übernehmen. Der wirtschaftliche Nutzen eines Faches soll nicht ausschlaggebend sein.
- Mörgeli: Den Antrag nehmen wir gerne entgegen, wir wollen aber nicht einzelne Fächer herausstreichen, die wirtschaftlich nützlich sind. Im Grundsatz stimmen wir aber überein.
- Oesch: Es ist die Bildungsdirektion, die diese Fächer speziell erwähnt, das ist nicht die Juso. Das Niveau von allen soll durch diese Fächer definiert werden.

Beschluss: Modifizierter Antrag GL obsiegt gegen den Antrag der Juso

Beschluss: Der modifizierte Antrag wird angenommen

Antrag 4: wird angenommen

Antrag 5: wird angenommen

Antrag 6

- Nadia Kuhn: Die ETH erhöht ihr Studiengebühren um 300 Franken. Nicht mehr Fähigkeiten, sondern das Portemonnaie entscheidet über die Möglichkeit zu studieren. In Zürich sind auch die Stipendien nicht rosig, so ist es für viele nicht möglich zu studieren. Es soll allen möglich sein zu studieren, Gebühren sind immer assozial. Bildung ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Die SP hat diese Initiative schon mal unterstützt.
- Sylvie Fee Matter: Sie war ein Kostenfaktor für ihre Eltern, weil sie ans Gymi ging und später studierte und keine Lehre absolvierte wie ihre Brüder. Studiengebühren verhindern in armen Familien, dass

Kinder studieren. Diese Kinder haben es eh schon schwieriger, weil sie keine Rollenvorbilder haben. Es scheint zwar unrealistisch zu sein, aber wir dürfen in Wahlkampfpapieren schon mehr fordern.

- Marcel Hähnlein: Menschen mit tiefen Einkommen sollen Gebühren erlassen werden, das findet er ok, aber mit einem allgemeinen Verzicht auf Studiengebühren werden auch Kindern aus reichem Haus die Gebühren erlassen.
- Mörgeli: Die GL wurde sich nicht einig. Sollen wir Maximalforderungen stellen oder realistisch sein? Wir haben die Bildungsinitiative vor 2 Jahren noch unterstützt, haben aber vor dem Volk verloren.

Beschluss: Der Antrag wird mit 54 zu 29 angenommen

Antrag 7

- Dominique Puenzieux: Möchte „überlastet und schlecht bezahlt“ rausstreichen. In der Kita sind die Arbeitsbedingungen schlecht und die Leute schlecht ausgebildet (viele Praktikantinnen).

Beschluss: Annahme mit 58 zu 17

Antrag 16

- Dominique Puenzieux: Ergänzung der Zeile 65. Krippen sind keine Kinderaufbewahrungsanstaltung. Damit sie einen Platz in der Bildungspolitik haben, braucht es eine sehr gute pädagogische Qualität in der Kita. Wir sollten mehr Qualität fordern. Mehr als 90 % sind Private und die haben wirtschaftliche Absichten, die nicht das Wohl des Kindes ins Zentrum stellen. Damit das möglich ist, müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern.

Beschluss: Annahmen des Antrags.

Antrag Blaser

- Ursula Blaser: In Zeile 88 wäre eine Ergänzung um die Ü55 gut tun.
- Dauru: Das können wir machen

Beschluss: Annahme des Antrags ohne Gegenstimme

Beschluss: Einstimmige Annahme des Papiers

Schwerpunktthema Wohnen und Boden

Andrea Burger: Es ist keine Überraschung, das wir dieses Thema im Wahlkampf haben wollen. Der Boden muss der Spekulation entzogen und der Allgemeinheit überführt werden.

Antrag 7

- Felix Hoesch: Der Fraktionsausschuss «Planung, Energie und Verkehr» ist froh um das Thema. Wir wollen an erfolgreiche Abstimmungskämpfe anknüpfen. Das ganze Thema Landgeschäfte sind rein kommunale Themen und werden auf kantonaler Ebene nicht bearbeitet. Wir müssen darum den Service Public erwähnen, so wie bei unseren erfolgreichen Abstimmungen.
- Burger: Ist inhaltlich nicht anderer Meinung. Sie wollen nicht zuviele Themen erwähnen und vor allem fordern was wir wollen, nicht sagen, was wir nicht wollen. Es passt nicht in dieses Thema rein, darum möchte er es draussen lassen.
- Kellenberger: Grundrechte sind ein umfassendes Thema, das alle andere Themenbereiche erfasst.

Beschluss: Ergänzung um einen Abschnitt zum Service Public

Antrag 8

- Jacqueline Badran: Luft kann man einfach nicht privatisieren. Das ist einfach technisch falsch.

Beschluss: Badran darf den Antrag umformulieren

Beschluss: Annahme des umformulierten Antrags

Antrag auf Zeile 4-5

- Patricia Heuberger: Wohnen ist kein Gut, sondern ein Menschenrecht. Man soll schreiben, dass Boden wie Wasser und Luft ein essenzielles Gut ist.

Beschluss: Annahme der Änderung.

Antrag modifiziert 9b gegen Antrag 9a

- Nicola Siegrist: Spricht sich Antrag 9 a aus. Die Juso will im Unterschied zur SP Stadt Zürich, dass die Gemeinden bei jeglichen Immobiliengeschäften ein Vorkaufsrecht haben und nicht nur auf kantonalen Boden. Wenn wir mehr gemeinnützigen Boden wollen, dann müssen auch Gemeinden kaufen können.
- Jacqueline Badran: Die Forderung ist grundsätzlich richtig. Der Boden sollte generell der öffentlichen Hand gehören. Das ist aber weit davon entfernt mehrheitsfähig zu sein. Wir haben viele Abstimmungen in diesem Bereich gewonnen, was nicht zu erwarten war. Sie warnt davor, dass wir solche Extremforderungen in unser Papier aufnehmen. Wichtiger wäre, wenn die Gemeinden ein Landkauffonds erhalten würden.
- Bürger: Sie wollen auch ein Vorkaufsrecht zu Nicht-Marktpreisen.

Beschluss: Annahme Modifiziert 9b

Beschluss: Annahme des modifizierten Antrags

Antrag Wunderlin

- Tina Wunderlin: Sie möchte gerne den Titel des Kapitels ändern, weil Boden nur im Bezug auf Grundstücke erwähnt wird.

Beschluss: Ablehnung des Antrags

Beschluss: Annahme des Papiers

Schwerpunktthema Gesundheitspolitik

Andreas Dauru: Wir haben eine gute Gesundheitsversorgung im Kanton. Doch wie lange bleibt das so? Privatisierungen werden vorangetrieben und führen zu einer Zweiklassenmedizin. Es braucht mehr Hausärzt*innen, das ist kostensenkend und sorgt für eine gute Versorgung.

Antrag 10: wird angenommen

Antrag 11: wird angenommen

Antrag Hähnchen

- Marcel Hähnchen: Änderung einer Formulierung im Kapitel „Verantwortung der Langzeitpflege übernehmen“ Ergänzung auf Zeile 44: Menschen im Alter und/oder Menschen mit einer Beeinträchtigung.

Beschluss: Annahme

Beschluss: Annahme des Papiers.

Steuerpolitik

Nina Hüsser: Wie finanzieren wir unsere Forderungen und wer bezahlt sie? Wir brauchen darum ein Kapitel zum Thema Steuerpolitik. Es macht zusätzlich Sinn, weil wir im November über die Entlastungsinitiative abstimmen.

Antrag 12: Modifizierte Annahme

Antrag 13: wird angenommen

Antrag 14: wird angenommen

Antrag Kallenberger zu Kryptogeldern

- Werner Kallenberger: Geld und Finanzen sind für ihn seit 50 Jahren ein grosses Thema. Er hat sich lange intensiv mit diesen Themen beschäftigt. Es geht um einen Kampf zwischen den Anspruch der Öffentlichkeit und den Interessen von Privaten. Wir sollen einen Absatz zur Bekämpfung von Kryptogeldern auf allen Ebenen ins Papier aufnehmen.

Beschluss: Annahme mit 42 zu 37 Stimmen

Beschluss: Einstimmige Annahme des ganzen Papiers

7. Input Basiskampagne Kantonsratswahlen

Tanja Walliser: Wahlen gewinnt man nicht einfach, weil man einen Trend hat oder der Zeitgeist für einen ist. Wahlen gewinnen wir durch grossen Einsatz und Gesprächen mit den Menschen. Die Basiskampagne stärkt aber auch die Partei und Sektionen. Diese Erfahrung haben sie in Dübendorf gemacht. Dort haben sie ein Mitglied, das seit über 20 Jahren Mitglied ist und nie etwas gemacht hat, angerufen und sie gefragt, ob sie mitmachen will. Sie sagte zu und ist seither ein top engagiertes Mitglied. Wir starten dieses Mal bereits im September mit einer Quartierumfrage und wollen von den Leuten erfahren, was sie beschäftigt.

- Die Campaigner*innen betreten die Bühne und stellen sich vor.
- Am 22. September findet eine Schulung statt.
- Alle freuen sich auf den Basiswahlkampf

8. Parolenfassung Abstimmungen vom 24. September 2018

Kantonale Volksinitiative «Film- und Medienförderungsgesetz»

Monika Wicki: Die SP steht für kulturelle Vielfalt ein. So steht das bei uns im Positionspapier. Die Kulturförderung ist auch in der Kantonsverfassung festgeschrieben. Es steht einfach nirgends wieviel Geld in die Kulturförderung fliessen soll und woher es kommt. Der Regierungsrat hat im Rahmen des Lü16 beschlossen, dass Gelder gekürzt werden, diese wurden durch Beiträge aus dem Lotteriefonds ersetzt, allerdings nur befristet bis 2021. Dies führt zu grosser Verunsicherung bei Kulturschaffenden, insbesondere bei den Filmschaffenden.

Die Initiative springt in diese Lücke und sichert die Finanzierung der Film- und Medienbranche. Kulturförderung ist Gesellschaftssache. Es besteht aber die Gefahr, dass die Filmförderung auf Kosten von anderer Kultur erfolgt. Die SP hat sich für einen Gegenvorschlag eingesetzt, war aber nicht erfolgreich. Die Fraktion und die GL kam darum zum Schluss Stimmfreigabe zu beschliessen.

Simon Hesse: Er ist Filmproduzent im Kanton Zürich. Die SP hat die Initiative bei der Unterschriftensammlung unterstützt. Es überrascht die Initiaten nun, dass die GL der SP zur Stimmfreigabe geschwenkt ist. Heute stehen einige prominente Vertreter*innen der SP, Grüne, AL und EVP hinter der Initiative. Medienförderung ist Zukunft.

Jacqueline Peter: Die Förderung des Films und von Medien ist wichtig, das bestreitet sie nicht. Der Zeitpunkt für die Initiative war goldrichtig, denn das Zeichen für mehr Kulturförderung war notwendig. Wir wollen aber alle Kultur fördern, der Kuchen für die Kultur wird nicht einfach grösser, wenn wir jetzt nur den Film fördern und dafür ein eigenes Gesetz machen. Es droht, dass dies zu Lasten von anderen kulturellen Tätigkeiten geht. Film- und Medienkunst soll nicht privilegiert behandelt werden.

Jacqueline Fehr: 1. Sie ist gegen das Gesetz. 2. Stimmfreigabe ist richtige Parole. Bei der Lancierung haben die Initiaten darauf geachtet, dass auch Bürgerliche im Komitee sitzen. Das Ziel war, dass sie einen Gegenvorschlag erarbeiten sollen. Das ist im Kantonsrat aber nicht gelungen. Im Gegenteil, es steht klar, dass bei Annahme der Initiative nicht mehr Geld für andere kulturelle Tätigkeiten zur Verfügung steht. So wurde das Projekt leider zur gegenseitigen Enttäuschungen. Der Film braucht mehr Geld, aber kein Gesetz. Jetzt haben wir eine Vorlage für ein Gesetz, aber nicht für mehr Geld. So könnte es zu einem Verteilungskampf innerhalb der Kulturbranche kommen. Die Initiative kommt nun leider zu einem schlechten Zeitpunkt. Unsere grosse Aufgabe ist es die Kultur im Allgemeinen zu fördern.

Philipp Flach: Er hat sich stark gegen die No-Billag Initiative eingesetzt. Dieser Kampf hat im gezeigt, dass wir uns als Kulturpartei engagieren sollen. Er beantragt darum ein Ja zur Initiative.

Andrew Katumba: Wir sind die einzige Partei, die ein Kulturpapier hat. Dort steht klar, dass Kulturförderung Kantonsaufgabe ist. Diese Gelder sollen nicht aus dem Lotteriefonds kommen, sondern endlich richtig geregelt sein. Die Filmbranche hat kein Haus, sie ist nicht wahrnehmbar, aber immer wichtiger. Sie wollen wie andere

grosse Institutionen Rechenschaft ablegen. Ein Verteilkampf ist nicht das Ziel. Der Film ist dann selber verantwortlich dafür, dass sie Gelder erhalten. Sie wollen vor allem, dass sie wahrgenommen werden.

Raphael Steiner: Die SP ist Partei der Kultur. Auch wenn es sich hier um ein Spartengesetz handelt, so ist das egal, denn irgendwo muss man anfangen. Wir dürfen uns nicht von der bürgerlichen Politik einschüchtern lassen und vorab kapitulieren. Den Kampf um die Gelder können wir später noch führen.

Jacqueline Badran: Ein Grossteil der Nationalratsdelegation ist für das Gesetz. Sie anerkennt, dass es sich um ein Spartengesetz handelt. Sie hat aber kein Verständnis dafür, dass man Angst vor Enttäuschungen hat. Wir fördern jetzt schon Sparten, das passiert in den Gemeinden und auch beim Opernhaus. Alle haben ihre Häuser, die gefördert werden. Sektorförderung ist darum kein Drama. Die Filmbranche ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn wir uns diversifizieren wollen, dann sollten wir auch die Filmbranche fördern. Wir dürfen die Filmbranche nicht darben lassen.

Beschluss: Ja zur Volksinitiative «Film- und Medienförderungsgesetz»

Kantonale Volksinitiative «Wildhüter statt Jäger»

Benedikt Gschwind: Die Initiative will kantonale Wildhüter anstatt den privat organisierten Jägern. Heute müssen Jäger*innen eine Prüfung absolvieren und die kantonalen Vorgabe einhalten. Die Initiative bringt keine wesentlichen Vorteile, kostet aber mehr. Gefährlich ist der Punkt der natürlichen Regulierung. Eine solche Regulierung funktioniert in einem Kanton wie Zürich nicht. Die Initiative könnte darum sogar kontraproduktiv sein. Der Handlungsbedarf besteht vor allem bei Jagdmethoden wie der Bau- und Treibjagd. Die SP hat diese Punkte im Rat eingebracht, doch dieser Gegenvorschlag wurde abgelehnt. Die Baujagd wird aber vom Regierungsrat selber bald verboten. Die SP-Fraktion wird sich im Rahmen der Beratung über das Jagdgesetz für Verbesserungen einsetzen.

Marianne Trüb: Ist Mitglied der SP und im Initiativkomitee. Wildtiermanagement ist eine wichtige Aufgabe und die sollte von Profis ausgeführt werden. Die Stadt Zürich und Genf hat auch professionelle Wildhüter. Es gibt kaum ein Gebiet wo mehr Intransparenz herrscht als bei den Jägern. Die Jagd ist im Tierschutz ausgenommen. Jagdschutzanlagen werden selbst in Umweltschutzzonen betrieben und verschmutzen diese mit Munitionsabfall. Natürliche Regulierung wäre durchaus auch im Kanton Zürich möglich. Der Fuchs zB könnte die Regulierung der Reh übernehmen, wird aber von den Jägern gejagt. Das kommende Jagdgesetz wird sehr zahm ausfallen, darauf dürfen wir unsere Hoffnung nicht setzen. Der Zürcher Tierschutz unterstützt die Initiative.

Beschluss: Ablehnung der Volksinitiative «Wildhüter statt Jäger»

Kantonale Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren!»

Felix Hoesch: Es gibt zwei Streckenabschnitte, aber die sind rein technisch begründet und nicht inhaltlich. Die Limmattalbahn ist nun im Bau und soll auch weitergebaut werden. Wir können nun nicht in Schlieren stoppen, das würde verkehrstechnisch, aber auch finanziell überhaupt keinen Sinn machen. Viele Entwicklungen sind nun im Gang und können gar nicht mehr gestoppt werden. Selbst die SVP hat im Rat eingesehen, dass das Volk der Limmattalbahn zugestimmt hat und das nun so auch umgesetzt werden soll.

Beschluss: Ablehnung der Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren!»

9. Referendum Wassergesetz

Andreas Dauru spricht sich gegen das Wassergesetz aus.

Markus Späth: Die Bürgerlichen haben Angst und wollen sich nun einen Rückweisungsantrag überlegen.

Beschluss: Die Lancierung des Volksreferendums wird beschlossen.

10. Verschiedenes

- Markus Späth weist auf die Ausstellung der SP-Fraktion zum 125 Jahre Jubiläum hin.
- Marianne Trüb: Rückkommensantrag auf Stimmfreigabe
Beschluss: Rückkommen wird gewährt

Benedikt Gschwind: Die natürliche Regulierung ist immer noch im Text vorgesehen und das ist hoch problematisch. Er beantragt darum weiterhin Ablehnung.

Regula Ziegler: Tiere haben keine Stimme, sie möchte darum, dass wir Stimmfreigabe beschliessen.

Philipp Flach: Wenn der Tierbestand nicht reguliert wird, dann führt das zu schlimmer Folgen für Tiere und Bäume. Wir müssten praktisch Füchse und Luchse importieren.

Marianne Trüb: Es steht nicht im Text, dass wir NICHT regulieren dürfen.

Beschluss: 47 zu 28 gegen Stimmfreigabe

- Ueli Annen: SP 60+ möchte das Potenzial der älteren Genossinnen und Genossen im Wahlkampf nutzen. Wir sollten uns darauf achten, dass auch ältere Leute genutzt und wertgeschätzt wird.

Andreas Dauru bedankt sich bei allen Delegierten und erklärt die DV für geschlossen.